

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Johannes Pflug (SPD), Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe im Bundestag, gab heute, 08.11.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum **Thema „Führungswechsel in China“**.
Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Uwe Lueb.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information

SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 08.11.2012

Pflug: „China wird sich weiter Richtung Westen orientieren“

Baden-Baden: Der Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Johannes Pflug (SPD), erwartet von China eine weitere Öffnung. Im Südwestrundfunk (SWR) sagte Pflug, bisher habe sich China immer nur wirtschaftlich geöffnet. Das könne auf dem Parteitag der Kommunisten dieses Mal anders sein: „Ich denke schon, dass die neue Generation (...) versuchen wird, die (...) Probleme in China anzupacken und sich weiter zu orientieren in Richtung Öffnung, vielleicht sogar in Richtung Westen.“ Selbst ein langsamer beginnender Demokratisierungsprozess sei nicht auszuschließen. Das könne bedeuten, dass man „etwas mehr Opposition in der Partei zulässt“.

Neuen Vorwürfen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte trat Pflug entgegen. Aktivisten der Gesellschaft befürchten, dass politische Gefangene gezielt hingerichtet werden, um an ihre Organe zu kommen. Dazu sagte Pflug: „Das halte ich für unbewiesene Gerüchte.“ Er sei den Vorwürfen schon vor Jahren nachgegangen - auch über deutsche Geheimdienste. Es gebe aber keine Beweise. Er vermute, dass die in China verbotene religiöse Bewegung Falun Gong dahinter stehe, so Pflug im SWR.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Lueb: In Peking hat in der Nacht unserer Zeit der Parteitag der Kommunistischen Partei begonnen, also der Machthaber im Land. Dieses Mal wird ein Wechsel in der Führung Chinas eingeleitet, und zwar weg von Staats- und Parteichef Hu Jintao hin zu Vizepräsident Xi Jinping, und auch Ministerpräsident Wen Jiabao soll abgelöst werden von seinem Vize Li. Die Rede ist von einem Generationenwechsel. Ist das alles oder rechnen Sie mit noch mehr Wechsel in China, also Reformen, die die Menschen nach Umfragen dringend erwarten?

Pflug: Na ja, das ist nicht so ganz einfach zu sagen. Hu Jintao hat ja heute Nacht gesprochen. Er selbst hat Reformen erwähnt in seiner Rede. Er hat von der notwendigen Öffnung gesprochen. Das ist aber nichts Neues in China. Man spricht immer von der Öffnung. Man meint dabei vor allen Dingen natürlich auch weitere wirtschaftliche Öffnung, sicherlich auch im

Währungssektor. Aber er hat auch angesprochen, die Situation im Umweltbereich und die Notwendigkeit, gegen die Korruption vorzugehen, dagegen zu kämpfen. Also, ich denke schon, dass die neue Generation - wenn wir von einer neuen Generation reden können, die sind ja mittlerweile auch alle um die 60 – dass die doch versuchen werden, die notwendigen Probleme in China anzupacken und sich in der Tat weiter auch zu orientieren in Richtung Öffnung, vielleicht auch in Richtung Westen.

Lueb: Aber Demokratiesierungsprozess wäre vielleicht ein wenig zu weit gegriffen?

Pflug: Demokratisierungsprozess, auch das ist sicherlich nicht ausgeschlossen. Aber was verstehen wir unter Demokratisierungsprozess. Demokratisierungsprozess wird bedeuten, dass man vielleicht etwas mehr Opposition in der Partei zulässt, dass man versucht, also auch die untere Ebene – die kommunale Ebene – dadurch zu stärken, dass man ihnen mehr Selbstverwaltung gibt. Das alles halte ich für denkbar, ja.

Lueb: Auf dem Parteitag soll auch über den Fall Bo Jilai berichtet werden, einem früheren Spitzenfunktionär. Er soll einen Mord seiner Frau an einem britischen Geschäftsmann gedeckt haben. Ist das wirklich nur ein Kriminalfall oder steckt mehr dahinter, weil Bo als konservativer Neo-Maoist und Gegner der Reformer galt?

Pflug: Das ist das Interessante an Bo Jilai. Er ist auf der einen Seite als Konservativer aufgetreten, auf der anderen Seite hat er ganz offensichtlich hinter den Kulissen versucht, ein dichtes Netzwerk herzustellen zu führenden Militärs, zu führenden Geheimdienstlern, sicherlich auch zu führenden Leute in der Partei. Und – was natürlich bei dieser Gelegenheit dann auch offenkundig wurde – es scheint ihm gelungen zu sein, ihm und seiner Frau, ein beträchtliches Vermögen von über 120 Millionen Dollar ins Ausland zu transferieren. Da wird man natürlich schon nachdenklich. Wie konnte jemand in dieser Position so viel Geld bekommen, und wie war es möglich, dass er ein solches Netzwerk gebildet hat. Vor allen Dingen soll er auch Gespräche aufgezeichnet haben, die er unter anderem mit Hu Jintao und auch mit Wen Jiabao geführt hat, also mit führenden Parteileuten.

Lueb: Regierungschef Wen Jiabao soll ja ein Milliardenvermögen sogar angehäuft haben. Schadet das alles nicht dem Ansehen der Kommunistischen Partei und der internationalen Glaubwürdigkeit von Chinas Führung?

Pflug: Ja, natürlich schadet es.

Lueb: Aber es macht den Chinesen letztlich ja wohl nichts aus, oder?

Pflug: Doch, es macht natürlich etwas aus. Die Chinesen werden davon sehr nachdenklich. Es ist ganz richtig, dass in China im allgemeinen, das, was wir so als Neid bezeichnen würden, relativ unbekannt ist. Aber solche Vermögen machen die Chinesen nachdenklich. Und so etwas macht die Chinesen auch wütend.

Lueb: Geöffnet hat sich China aber nicht, wie im Zuge der Olympischen Spiele 2008 gehofft worden war. Es gibt offenbar nach wie vor schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, aber der Rest der Welt ist und bleibt machtlos, oder?

Pflug: Es gibt Menschenrechtsverletzungen. Allerdings meine ich, muss man das natürlich auch immer in Relation zu Menschenrechtsverletzungen sehen, die woanders auch an der Tagesordnung sind – zum Beispiel in nordafrikanischen Staaten, was wir als Westen oder als westliche Staaten ohne weiteres hingenommen haben. Wir – damit meine ich die deutsche Politik, damit meine ich die Bundesregierung – aber ich meine auch, wir Parlamentarier verweisen bei jeder Gelegenheit darauf. Wir versuchen, die Themen anzusprechen. Und nach wie vor bin ich der Überzeugung, dass die institutionalisierte Form durch die Rechtsstaatsdialoge, insbesondere durch den Menschenrechtsdialog, das richtige Forum sind, um darauf einzuwirken.

Lueb: Nehmen wir mal einen ganz aktuellen Fall: die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte hat Befürchtungen geäußert, in China würden politische Gefangene hingerichtet, damit man ihre Organe verkaufen könne. Obwohl es im dem Land keine Infrastruktur für Organtransporte gebe, liege die Wartezeit für eine Leber zwei Wochen. Hierzulande liegt die Wartezeit bei mehreren Jahren, obwohl es eine sehr gute Infrastruktur gibt. Da steht doch die internationale Staatengemeinschaft nur noch hilflos daneben, oder?

Pflug: Das halte ich für unbewiesene Gerüchte. Ich bin damit konfrontiert worden schon vor einigen Jahren und bin diesen Gerüchten damals – so ich es konnte – nachgegangen, auch über unsere Dienste. Und unsere Dienste haben – damit meine ich unsere Geheimdienste – mir damals gesagt, dass dies Behauptungen sind, die immer wieder aufkommen, dass sie aber keinerlei Beweise dafür hätten, dass so etwas geschieht. Und ich bin der Meinung, dass auch jetzt wieder vor allen Dingen Gerüchte – ich sage es mal konkret – vor allen Dingen die Falun Gong mit dahinter stehen. Das ist aber nicht beweisbar.

- Ende Wortlaut -